

„Die Frage nach Krieg oder Frieden hat das Problem überhöht“

Der Widerstand gegen den Europäischen Stabilisierungsmechanismus wächst.

Klaus-Peter Willsch gehört zu den Rebellen innerhalb der CDU/CSU-Bundestagsfraktion



In der schwarz-gelben Koalition wächst der Widerstand gegen die Zusage von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Finanzminister Wolfgang Schäuble, den bisherigen Rettungsschirm über das Jahr 2013 hinaus dauerhaft festzuklopfen. Einer der Wortführer des Protestes ist der CDU-Haushaltsexperte Klaus-Peter Willsch, der nach eigenen Worten alles daran setzen will, dass es für den Europäischen Stabilisierungsmechanismus (ESM) keine Mehrheit geben wird. Wie ein Nachrichtenmagazin berichtete, wächst die Zahl der Kritiker. Bereits 19 Bundestagsabgeordnete der schwarz-gelben Koalition wollen nach eigenen Angaben dem EU-Rettungsschirm nicht zustimmen. Mit im Boot: der FDP-Finanzexperte Frank Schäffler, der – wie auch Willsch – schon im Frühjahr vergangenen Jahres gegen die Griechenlandhilfe votiert hatte und deshalb sein Amt als Obmann der FDP-Fraktion im Finanzausschuss verlor.

INTERVIEW

Herr Willsch, wie lange können Sie Ihr konsequentes Nein durchhalten, ohne – wie Frank Schäffler – mit Sanktionen rechnen zu müssen? Bekanntermaßen versteht die Bundeskanzlerin keinen Spaß, wenn sich Mitglieder aus der Fraktion offen gegen die von ihr vorgegebene Richtung stellen.

Wenn man punktuell der Fraktionsmehrheit die Gefolgschaft verweigert, muss man selbstverständlich damit rechnen, dass das Konsequenzen haben kann. Ich nehme für mich in Anspruch, dass ich mir als frei und direkt gewählter Abgeordneter auch meine Unabhängigkeit bewahren darf. Allerdings muss ich auch betonen, dass bisher kein Druck auf mich ausgeübt wurde.

Haben Sie die Bundeskanzlerin einmal daran erinnert, dass sie selbst am Ende ihrer Regierungserklärung Ende Oktober 2010 betonte, der Rettungsschirm taue nicht als langfristiges Instrument und fördere die Erwartungshaltung, dass Deutschland im Krisenfall das Risiko der Anleger übernehmen könnte?

Natürlich habe ich mich in fraktionsinternen Debatten auch auf die damalige Aussage der Bundeskanzlerin bezogen, weil nach der ersten Rettungsaktion für Griechenland vor zirka einem Jahr sich die Krise in einem atemberaubenden Tempo fortentwickelt hat. Was der Fraktion und dem deutschen Volk versprochen wurde, ist von der Wirklichkeit überholt worden. Zunächst hieß es, die Griechenlandhilfe sei strikt befristet und konditioniert, sie sei einmalig und außergewöhnlich. Diese Aussage hat genau 40 Stunden gehalten. Obwohl die Verantwortlichen in Griechenland versprochen haben, geforderte Sparmaßnahmen umzusetzen, haben sie ihre Zusagen nicht eingehalten mit dem Ergebnis, dass Griechenland jetzt noch mehr Geld benötigt und als Gegenleistung dafür noch mehr versprechen muss. Für mich kommt es allerdings nicht darauf an, was versprochen wird, sondern für mich kommt es darauf an, ob Versprechungen auch eingehalten werden.

Rund 190 Top-Ökonomen haben massive Bedenken gegen den EU-Rettungsschirm formuliert. Haben Sie eine Erklärung dafür, warum sowohl die Kanzlerin als auch der Bundesfinanzminister die Bedenken der Experten einfach zur Seite schieben?

Die Griechenlandkrise ist ein rein ökonomisches Thema, mit dem wir in Deutschland auch ökonomisch umgehen müssen. Durch die rhetorische Festlegung, „scheitert der Euro, scheitert Europa“, haben sich die so genannten Rettungspolitiker selbst in eine argumentativ schwierige Lage gebracht. Die Frage, wie viele der 27 EU-Mitglieder auch dem Euro-Raum angehören dürfen, hat nach den Kriterien zu erfolgen, die dafür festgelegt wurden und die erst ein sinnvolles Zusammenwirken in einem Währungsraum möglich machen. Wenn man dies zu einer Frage von Krieg und Frieden erhebt, wird das Problem überhöht.

Der Chef des Münchener IFO-Instituts, Hans-Werner Sinn, hat davon gesprochen, dass Deutschland wegen des EU-Rettungsschirms ein „Schulden-Tsunami“ drohe. Womit müssen wir rechnen?

Die ganze Angelegenheit wird umso teurer, je länger sie dauert. Sicher ist auch, dass Griechenland nicht in der Lage sein wird, seine Schulden vollständig zurückzuzahlen. Wenn Sie sich die Anpassungsprogramme anschauen, die jetzt wieder neu mit dem IWF vereinbart werden sollen, dann sind diese in dieser Größenordnung mathematisch nicht zu erbringen. Die Politik muss endlich bereit sein, sich einzugestehen, dass all diese Maßnahmen, die getroffen wurden und die noch getroffen werden sollen, nicht zielführend sind. Und ich rate im Übrigen allen Verantwortlichen in Europa, einerseits auf die Bilder aus den Straßen Athens zu schauen und andererseits die erfolgreichen Parteinuengründungen in den Geberstaaten zu beobachten. All das zeigt, dass die Art der Politik, so wie sie jetzt betrieben wird, nur die politischen Ränder stärkt.

Halten Sie es für verfassungskonform, dass nach einem Beschluss des Bundestages nicht mehr die Parlamentarier, sondern allein die Finanzminister der Euroländer entscheiden, wann und wohin aus dem ESM Gelder abfließen?

Das halte ich eindeutig für verfassungswidrig.

Für den ESM sollen im ersten Schritt 22 Milliarden Euro an Bar-einlage aus dem Bundeshaushalt bereitgestellt werden. Gleichzeitig gibt es einen Aufschrei quer durch die Republik, wenn kleine und mittlere Einkommensbezieher um rund 10 Milliarden Euro entlastet werden sollen. Wie erklären Sie sich diese unterschiedlichen Betrachtungsweisen?

Diese unterschiedlichen Betrachtungsweisen kann ich mir weder selbst erklären, noch meinen Wählern. Hier wird überdeutlich, dass uns das vorgesetzte Argument, das da lautet, „wenn Kredite in Anspruch genommen werden, werden auch Zinseinnahmen generiert“, nicht aufgeht und uns nur besänftigen soll. Natürlich müssen wir bei der Einlage in den ESM deutsche Haushaltsmittel verwenden, die wir nicht einmal haben, sondern die wir selbst auf Pump finanzieren. Erst recht können wir diese Gelder dann nicht anderweitig, also für notwendige Steuerentlastungen verwenden.

Wäre es nicht für alle Beteiligten billiger und sinnvoller, wenn Griechenland, zumindest vorübergehend, „aus der Währungsunion aussteigen würde“?

Ich empfehle Griechenland einen Ausstieg aus der Währungsunion. Was Griechenland jetzt macht, ist ja nichts anderes als eine Realabwertung. Es sollen die Löhne, Renten und Sozialleistungen auf ein Niveau abgesenkt werden, das Griechenland mit einer demokratischen Regierung kaum meistern kann. Einfacher wäre es, wenn Griechenland über eine eigene Währung die währungspolitische Hoheit wieder erlangte, um so den Weg zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des Landes durch eine kräftige Abwertung einzuleiten. Außerdem würde die Abwertung einer nationalen griechischen Währung automatisch Löhne und Preise senken. Die Importe würden dann zurückgehen und die Exporte steigen. Auch die Nachfrage nach einem Urlaub in Griechenland würde sich erhöhen. Insgesamt wäre das für Griechenland ein Neuanfang mit den richtigen Mitteln.

Welche Alternativen wären denn für Sie zustimmungsfähig?

Das einzige Mittel gegen übermäßige Verschuldung sind hohe Zinsen. Es muss für das betroffene Land teuer sein, sich übermäßig zu verschulden. Wenn wir aber den Schuldenmachern niedrige Zinsen einräumen, wird das Vertrauen der Märkte in die Zahlungsfähigkeit des jeweiligen Landes erschüttert. Letztendlich werden die jetzt beschlossenen und angedachten Maßnahmen dazu führen, dass sich auch in Deutschland die Zinsen erhöhen werden. Und bei den rund 2.000 Milliarden Euro Schulden, die Deutschland inzwischen aufgehäuft hat, sind bereits ein Prozent mehr an Zinsen rund 20 Milliarden Euro. Das zeigt, wie groß die Nebenwirkungen sind.

Jean-Claude Juncker hat mit Blick auf die Eurokrise einmal gesagt: „Die Dinge müssen geheim und im Dunkeln getan werden“. Was ist denn aus Ihrer Sicht noch alles geheim geblieben und was hat man der Öffentlichkeit, sprich dem Steuerzahler, weiterhin vorenthalten?

Jean-Claude Juncker hat sich mehr als ungeschickt verhalten. Wer die von Ihnen zitierten Aussagen vor laufenden Fernsehkameras trifft, erschüttert das Vertrauen in die Politik insgesamt. Junckers Aussagen zeigen aber auch deutlich, dass man sich in Brüssel versucht durchzuwursteln, weil man sich in eine Gefangenensituation begeben hat und nicht in der Lage ist, die Dinge rational anzugehen.

Wenn alles nicht mehr hilft, werden Kritiker wie Sie als Europagegner titulierte. Außerdem mussten Sie sich bereits dem Vorwurf aussetzen, rechtspopulistisch zu handeln.

Weil ich leidenschaftlicher Europäer bin, gehe ich gegen die „Rettungsschirmpolitik“ vor! Sie ruiniert nämlich auch die solide wirtschaftenden Staaten im Euroraum und wirkt desintegrierend, weil sie die politischen Ränder stärkt. Solche Etikettenzuweisungen erfolgen natürlich in der Absicht, zu diskriminieren und auszugrenzen. Ich weiß nicht, was es mit Rechtspopulismus zu tun hat, wenn ich mich in Übereinstimmung mit den meisten Menschen im Land befinde. Wenn 90 Prozent der Topökonomen in Deutschland meine Haltung teilen und auch die Menschen ohne ökonomische Vorbildung ein untrügliches Gefühl dafür haben, dass das, was jetzt passiert, nicht vertretbar ist, dann fühle ich mich in guter Gesellschaft. Und dem Ausdruck zu verleihen und dies im Bundestag einzubringen sehe ich als originäre Aufgabe eines Wahlkreisabgeordneten an – also als meine Aufgabe. ■

Mit Klaus-Peter Willsch sprach Joachim Schäfer